

PRESSEMITTEILUNG

Deutschland/Österreich/Schweiz

Schwaches Bild bei Reformen

Die Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist im vergangenen Jahr ins Stocken geraten. Vor allem wegen Wahlen und Volksabstimmungen brachten die politischen Entscheider in den drei Ländern nur noch Reförmchen auf den Weg. Das geht aus dem jetzt vorgelegten D A CH-Reformbarometer hervor, das gemeinsam vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), von der Österreichischen Wirtschaftskammer und dem Schweizer Thinktank Avenir Suisse erstellt wurde.

Laut dem Barometer konnte sich Österreich 2013 gegenüber dem Vorjahr immerhin leicht um 0,6 Punkte verbessern. Ein Grund war die Einführung eines flexibleren Systems im Bereich der Zuwanderung. Ansonsten zeigte sich Wien wegen der Parlamentswahlen und der hohen Nachforderungen für die Bankenrettung reformpolitisch wenig aktiv.

Auch Deutschland legte um 0,6 Punkte zu, weil Regulierungslücken in der Finanzmarktpolitik geschlossen wurden. Negativ wirkte sich dagegen aus, dass die Große Koalition die eigentlich fällige Senkung der Rentenbeiträge aussetzte – ein klassischer Fehlstart in die neue Legislaturperiode.

In der Schweiz herrschte reformpolitisch Stillstand. Zwar wurden auf politischen Druck aus dem Ausland hin einige Steuerschlupflöcher gestopft. Doch hat sich bei den Eidgenossen die Stimmung gegenüber marktwirtschaftlichen Reformen gedreht, was sich vor allem in verschiedenen Volksinitiativen (z.B. Begrenzung von Managergehältern) dokumentiert. Wer sich für eine effizientere und offene Marktwirtschaft einsetzt, gerate zunehmend unter Rechtfertigungsdruck, stellt die Studie fest.

Das D A CH-Reformbarometer berücksichtigt Regierungsbeschlüsse, Gesetze, Beschlüsse auf EU-Ebene und für die Schweiz auch Volksabstimmungen. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeitsmarkt-, die Sozial- sowie die Steuer- und Finanzpolitik.

Thomas Puls, Robert Koza, Marco Salvi: Das D A CH-Reformbarometer 2013 - Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz

www.iwkoeln.de/dachreformbarometer

Ansprechpartner im IW: **Thomas Puls, Telefon: 0221 4981-766**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**

Allenthalben Stillstand

Drei-Länder-Reformbarometer. Neuwahlen und Volksabstimmungen haben 2013 den politischen Betrieb in Deutschland, Österreich und der Schweiz weitgehend gelähmt. Es wurden eher Reförmchen auf den Weg gebracht – mit manchmal zweifelhaftem Ergebnis. 

Mit dem D A CH-Reformbarometer bewerten das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse seit September 2002 gemeinsam, wie sich die Regierungen in Berlin, Wien und Bern in verschiedenen Politikbereichen geschlagen haben.

Auf eine Kurzformel gebracht lautet die Antwort auf diese Frage für das Jahr 2013: In allen drei Ländern herrschte weitgehend reformpolitischer Stillstand. Im D A CH-Reformbarometer äußert sich dies in Form einer Seitwärtsbewegung (Grafik Seite 7).

Deutschland verbesserte sich im Jahr 2013 um 0,6 Punkte. Fortschritte waren vor allem in der Finanzmarktpolitik zu verzeichnen, wo einige Regulierungslücken geschlossen wurden (Grafik). So dürfen zum Beispiel außerbörsliche Geschäfte mit Derivaten nur noch von Spezialisten abgewickelt werden.

Positiv bewertet wurden auch kleinere Projekte in der Wettbewerbs- und in der Bildungspolitik. Dabei handelt es sich aber zumeist eher um Reformen mit homöopathischer Wirkung. So kann etwa die Ausbildung zum Altenpfleger von drei auf zwei Jahre verkürzt werden, wenn bestimmte Grundkenntnisse vorhanden sind.

Negativ niedergeschlagen hat sich im Einzelindex Sozialpolitik und damit auch im Gesamtindex das Beitragssatzgesetz 2014. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Ankündigung der Rente mit 63 Jahren und die Mütterrente (vgl. iwD 7/2014). Beide Vorhaben der Großen Koalition werden die Rentenkasse strapazieren. Um die neuerlichen Leistungsversprechen ohne Beitragssatzerhöhung finanzieren zu können, wurde die fällige Beitragssatzsenkung im Dezember 2013 ausgesetzt. Außerdem werden die Reserven geplündert.

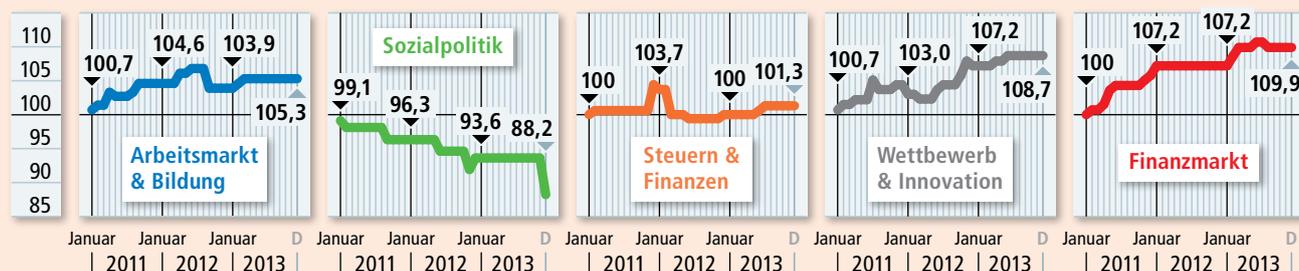
Österreich konnte beim Reformbarometer im Jahr 2013 ebenfalls gerade einmal um 0,6 Punkte zulegen. In der Alpenrepublik wurde 2013 gewählt, das hat – wie in Deutschland – den Reformeifer ausgebremst. Hinzu kam das Diktat der leeren Kassen. Die vor vier Jahren verstaatlichte Hypo Alpe Adria International kostet den Steuerzahler viel Geld – bereits im vergangenen Jahr musste Österreich 1,7 Milliarden Euro für die klamme Bank berappen, jetzt müssen noch einmal 600 Millionen bis 1 Milliarde Euro nachgeschossen werden.

Dass sich das Reformbarometer trotzdem etwas nach oben bewegt hat, ist vor allem der Bildungspolitik zu verdanken. So können österreichische Arbeitgeber im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Card – das ist das Kürzel für ein flexibles Zuwanderungssystem – jetzt selbst verschiedene Formalitäten erledigen, die früher allein Migranten vorbehalten waren.

In der **Schweiz** bewegte sich das Barometer 2013 praktisch nicht. Die Politiker in Bern waren mit zahlreichen Volksabstimmungen voll

D A CH-Reformbarometer: Deutschland im Detail

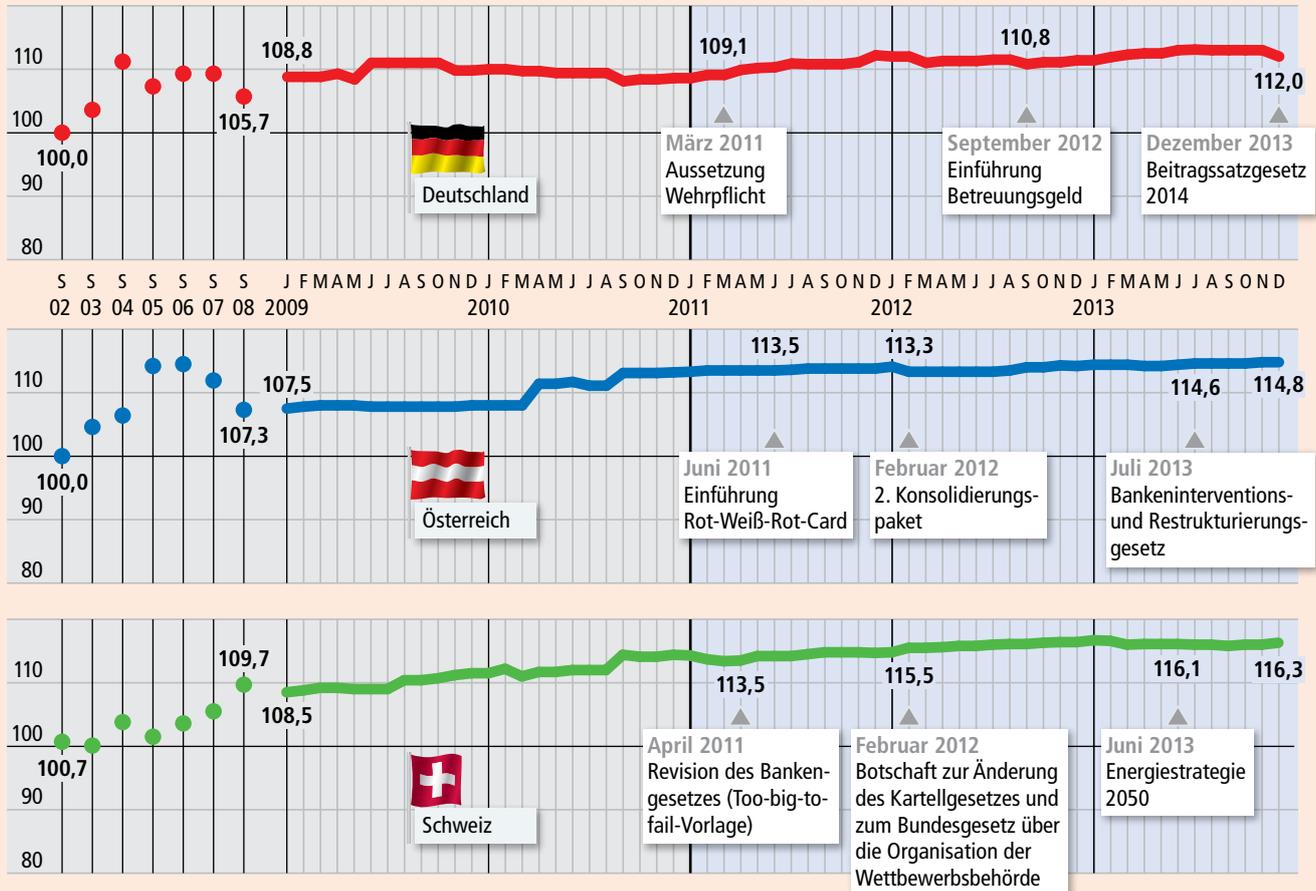
Januar 2011 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



DA CH-Reformbarometer: Kaum noch Reformelan

Das DA CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. Seit September 2002 werden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik bewertet. Seit Januar 2011 werden zudem die Bereiche Bildungs-, Wettbewerbs-, Infrastruktur-, Innovations- und Finanzmarktpolitik berücksichtigt.

September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw12

und ganz ausgelastet. So wurde zum Beispiel darüber abgestimmt, ob Topverdiener maximal zwölfmal so viel verdienen dürfen wie Niedriglohnempfänger (das haben die Schweizer abgelehnt) und ob die Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften die Managergehälter jedes Jahr neu festsetzen müssen (zugestimmt).

Die Volksabstimmung „Gegen die Masseneinwanderung“ im Februar 2014 wurde im Reformbarometer nicht berücksichtigt. Das Ergebnis und die jetzt anstehenden Ausführungsbestimmungen dürften das nächste Barometer aber abstürzen lassen.

Generell lässt sich feststellen, dass sich in der Schweiz die Stimmung gegenüber marktwirtschaftlichen Reformen seit Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode im Dezember 2011 gedreht hat. Wer sich für eine effizientere und offene Marktwirtschaft einsetzt – und dazu gehört auch eine erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer –, steht seit einiger Zeit unter Rechtfertigungszwang.

Missraten ist auch die sogenannte Energiestrategie 2050 – Atomkraftwerke sollen bis dahin ersetzt und der CO₂-Ausstoß vermindert werden. Ähnlich wie in Deutschland werden die dafür notwendigen erneuerbaren Energien aber nicht tech-

nikneutral gefördert, obwohl das die Kosten für die Bürger in Schach halten könnte.

Einen Lichtblick am Reformhorizont gab es allerdings. Die Regierung in Bern hat immerhin Schlupflöcher geschlossen – ausschlaggebend dafür war allerdings der starke politische Druck aus dem Ausland.



Thomas Puls, Robert Koza, Marco Salvi: Das DA CH-Reformbarometer 2013 – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Download unter:
iwkoeln.de/dach-reformbarometer